

Die steirische Landtagswahl 2000: Trends und Determinanten politischer Partizipation auf regionaler Ebene im Vergleich

Hadler, Markus; Haller, Max

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Hadler, M., & Haller, M. (2001). Die steirische Landtagswahl 2000: Trends und Determinanten politischer Partizipation auf regionaler Ebene im Vergleich. *SWS-Rundschau*, 41(2), 149-176. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-165854>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die steirische Landtagswahl 2000

Trends und Determinanten politischer Partizipation auf regionaler Ebene im Vergleich

Markus Hadler/ Max Haller (Graz)

In diesem Beitrag wird – vor dem Hintergrund längerfristiger Umschichtungen des Wahlverhaltens und der sozialen Determinanten des Wahlverhaltens in Österreich – die steirische Landtagswahl vom 15. Oktober 2000 untersucht. Es zeigt sich, dass das Ergebnis dieser Wahl – ein spektakulärer Stimmengewinn der ÖVP, vor allem auf Kosten von SPÖ und FPÖ – in erster Linie durch landespolitische Faktoren, so vor allem die Persönlichkeit von Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic, erklärt werden kann. Dieser Erfolg verdeckt jedoch andere, nicht weniger bedeutsame Trends wie eine weitere Dekonzentration des Parteiensystems mit einem spektakulären Aufstieg der NichtwählerInnen zur zweitstärksten „Partei“. Eine detaillierte Analyse der Wahlmotive, der soziodemographischen Zusammensetzung und der politischen Einstellungen dieser Gruppe zeigt, dass die Landespolitik aufgrund der begrenzten Kompetenzen der Landesregierungen sowie der oft unzureichenden Transparenz der politischen Prozesse vor allem bei jugendlichen BürgerInnen immer weniger Interesse findet.

1. Einleitung

1.1 Zur Bedeutung dieser Wahlanalyse

Die steirische Landtagswahl vom 15. Oktober 2000 lag weitab jeglicher bundespolitischer Wahlgänge und hätte somit eine eindeutig landesspezifische Wahl sein können. Durch das Ergebnis der Nationalratswahl 1999 und die darauf folgende Bildung einer rechts-konservativen (ÖVP/ FPÖ)-Bundesregierung änderte sich dies schlagartig. Sie wurde plötzlich zur ersten „großen Testwahl“ für die neue Bundesregierung hochstilisiert.

Der Wahlabend brachte diese Stimmen zum Verstummen, weil das Ergebnis nicht eindeutig im Sinne einer Testwahl für die Bundesregierung zu interpretieren war. Die ÖVP erhöhte ihren Stimmenanteil massiv von 36,2% auf 47,3%, während die FPÖ als Koalitionspartner auf Bundesebene mit einem Rückgang von 17,1% auf 12,4% stark an Stimmen einbüßte. Auch die SPÖ verlor deutlich und das Liberale Forum/ LiF verpasste den Wiedereinzug; nur die Grünen konnten leicht hinzugewinnen (siehe dazu Tabelle 1, S. 154). In den Medien wurden als Ursachen des Ergebnisses meist die Person der beliebten Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic, ein verfehlter Wahlkampf der SPÖ sowie das zerstrittene Bild der FPÖ genannt. Genauere, öffentlich zugängliche Wahlanalysen blieben aus. Dieser Aufsatz soll durch eine differenzierte Analyse der steirischen Landtagswahl (im Folgenden: LTW) diese Lücke füllen, sie in den historischen und aktuellen politischen Kontext stellen und vor allem die individuellen Motive der WählerInnenschaft erstmals auch auf Landesebene mittels einer Panelstudie untersuchen.

Eine sozialwissenschaftliche Analyse von Landtagswahlen erscheint von allgemeinem Interesse vor allem vor dem Hintergrund der Tatsache, dass seit einiger Zeit die Rolle des Föderalismus in Österreich grundsätzlich in Frage gestellt wird. So wurde gerade von einem steirischen Landesrat, Gerhard Hirschmann, schon vor Jahren der Vorschlag ventiliert, die neun Bundesländer in drei oder vier größere regionale Verwaltungseinheiten zusammenzufassen (Kurier, 30. 7. 1997, 10). Johannes Pichler, ein Rechtshistoriker der Universität Graz, machte später den Vorschlag, die österreichischen Landtage zugunsten eines österreichweiten „Generallandtages“ mit 40 Mitgliedern aufzulösen (Die Presse, 9. 12. 2000, 9). Die Begründung für diese Vorschläge war, dass die Landtage in Österreich kaum wirkliche Kompetenzen hätten und es ohnehin ein ineffizienter Luxus sei, wenn es in vielen Bereichen neun unterschiedliche Gesetzeswerke gäbe. Das erste Argument kann man schwerlich völlig bestreiten; hinsichtlich des zweiten kann man jedoch sehr unterschiedlicher Auffassung sein, worauf wir am Ende des Beitrags nochmals zurückkommen. Unsere Studie soll in dieser Hinsicht Aufschluss darüber geben, ob länderspezifische Themen bei der Landtagswahl überhaupt eine Rolle spielen.

Eine Wahlanalyse auf regionaler Ebene ist auch vor dem Hintergrund österreichweiter Trends im Wahlverhalten von Interesse. Auf Bundesebene sind schon seit Anfang der 70er-, verstärkt seit Mitte der 80er-Jahre eine Dekonzentration des Parteiensystems, ein Abbau der traditionellen ideologischen Polarisierungen zwischen Links und Rechts, eine verstärkte WählerInnenmobilität, eine Reduzierung der traditionellen „Cleavages“ als sozialen Konfliktlinien (etwa zwischen ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen, kirchennahen und kirchenfernen Gruppen) und eine Zunahme der NichtwählerInnen zu beobachten (Dachs 1997, Müller 1997, Haerper 1997, Ulram 1997). Unsere erste Frage in diesem Artikel (Kap. 2) lautet, ob sich ähnliche Trends auch in den Bundesländern – in diesem Fall der Steiermark – registrieren lassen. Im zweiten Teil unseres Beitrages (Kap. 3) sollen die Motivlagen der Bevölkerung untersucht und im Kontext anderer Wahlen betrachtet werden. Eine dritte Frage betrifft den österreichweiten Trend einer stetigen Zunahme der NichtwählerInnen und ihre Motive (Kap. 4). Bei den Nationalratswahlen stieg ihr Anteil zwischen 1979 und 1999 von 7,8% auf 19,6% (Plasser/ Seeber/ Ulram 2000, 75); bei den steirischen Landtagswahlen lag die Wahlbeteiligung bisher über jener bei Bundeswahlen, mit der Wahl 2000 fällt sie aber auf 74,7%, was deutlich unter dem Bundesdurchschnitt der Nationalratswahl 1999 (im Folgenden: NRW) liegt (80,4%).

Wie schon erwähnt, stieg die Mobilität der WählerInnenschaft in den letzten Jahrzehnten stark an. Zur Darstellung dieses Effektes wurde bisher meist mit Wählerstromanalysen und „Recall“-Fragen gearbeitet, also Erinnerungsfragen, die sich auf das Verhalten bei der letzten Wahl beziehen.¹ Hier können wir anhand unserer Panelanalyse in Kap. 5 des Beitrages neue Befunde präsentieren. Abschließend gehen wir

1 Im Vorfeld der NRW 1999 wurde von Plasser/ Seeber/ Ulram (2000) zwar eine Panelanalyse durchgeführt, im zitierten Aufsatz wurden die Ströme von Welle zu Welle aber nicht dargestellt. Wir werden auch auf diese Wanderungen eingehen.

noch auf die vieldiskutierte – aber selten untersuchte – Frage ein, wie sehr die Wahlergebnisse auf Landesebene von anderen Ebenen der Politik – insbesondere der Bundespolitik – beeinflusst werden.

1.2 Methodik

In der Interpretation von Wahlergebnissen wird häufig auf ökologische Wählerstromanalysen zurückgegriffen.² Wenngleich diese Methode ein probates Mittel zur Darstellung von Veränderungen auf Aggregatenebene ist, bleiben ihr individuelle Entscheidungen, Wertänderungen und Motivlagen verschlossen. Im Besonderen werden durch die alleinige Anwendung dieses Instrumentes systematische Verzerrungen in Kauf genommen: Diese ergeben sich aufgrund des unterschiedlichen Wahlverhaltens der ErstwählerInnen im Vergleich zu jenen, die anders als bei der letzten Wahl nicht mehr teilnehmen, durch sich gegenseitig aufhebende WählerInnenströme und weitere Faktoren. In diesem Aufsatz stützen wir uns deshalb – neben den vom Institut SORA durchgeführten Wählerstromanalysen – auf eine eigene Paneluntersuchung.

Unsere Paneluntersuchung wurde folgendermaßen konzipiert: Als Erhebungsgebiete wurden vier für die steirischen Sozialstrukturen typische Bezirke ausgewählt (Haller/ Höllinger 1994): Graz als urbanes Gebiet, Leoben als Industriezone, Feldbach als agrarisch geprägter Bezirk und Liezen als Mischgebiet. Darauf folgten in den drei letztgenannten eine Zufallsauswahl der Orte und abschließend eine Zufallsauswahl der Befragten in den jeweiligen Ortschaften. Die Interviews wurden telefonisch in drei Wellen durchgeführt. Das heißt, dieselben Personen wurden drei Mal interviewt und zwar im Juni, Ende September und in der Woche nach der Wahl vom 15. Oktober 2000. Folgende Interviewzahlen wurden realisiert: 344 (Juni), 277 (September) und 258 (Nachwahlbefragung).

Bei der Erfassung der Wahlmotive gingen wir folgendermaßen vor: In der zweiten Erhebungswelle wurde mittels offener Fragen erhoben, welche Begründungen die Befragten für ihr beabsichtigtes Stimmverhalten angaben. Diese Antworten wurden in geschlossene Fragen transformiert, durch weitere Kategorien ergänzt und in der Nachwahlbefragung als gestützte Fragen erhoben. Zusätzlich wurden in der ersten und zweiten Welle das beabsichtigte, und in der letzten Welle das tatsächliche Wahlverhalten erhoben.

2. Ergebnisse der steirischen Landtagswahl 2000 im Lichte langfristiger Trends

Das politische System der Steiermark war bis Mitte der 80er-Jahre äußerst stabil und konnte als „bipolarer Pluralismus“ – ein Dreiparteiensystem mit Dominanz von SPÖ und ÖVP – (Marko 1992, 346) charakterisiert werden. Im Anschluss an diese Phase kam es zu einem stärkeren Pluralismus; in der Legislaturperiode 1995 bis 2000 waren fünf Parteien im Landtag vertreten. In diesem Zusammenhang lautet unsere erste These, dass sich die auch in der Steiermark abzeichnende Dekonzentration des Partei-

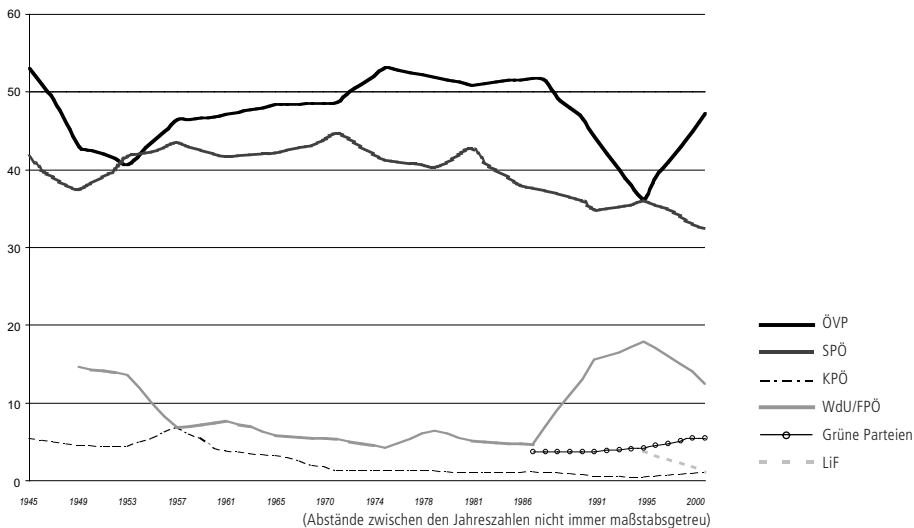
2 Zu den Vor- und Nachteilen der ökologischen Wählerstromanalyse siehe Hofinger/ Ogris (2000, 1996b).

ensystems mit der Landtagswahl 2000 fortsetzt. Zu ihrer Untermauerung werden wir zuerst die Entwicklungen seit 1945 darstellen und danach auf das Ergebnis der LTW 2000 eingehen.

2.1 Steirische Landtagswahlen: Langfristige Trends 1945 bis 2000

Das Parteiensystem der Steiermark war nach einer Anpassungsphase von 1945 bis 1957 30 Jahre lang bis zur LTW 1986 relativ starr (vgl. Abbildung 1). 1974 erreichten ÖVP und SPÖ einen Konzentrationsgrad von 94,4% (gemeinsamer Anteil an den gültigen Stimmen). Mitte der 80er-Jahre zeichneten sich – bedingt durch gesellschaftliche und soziokulturelle Wandlungsprozesse³ – erste Veränderungen ab. Es formierten sich grün-alternative Parteien, der Aufstieg der FPÖ setzte ein, auch der Anteil der NichtwählerInnen begann zu steigen. In der Legislaturperiode 1995 bis 2000 wurde mit fünf Parteien im Landtag ein Höchststand des Parteienpluralismus erreicht. Diese Veränderungen finden mit der LTW 2000 kein Ende; obwohl das LiF nicht mehr im Landtag vertreten ist, kam es bei der Verteilung der Stimmen zu einer weiteren Dekonzentration, nicht zuletzt wegen einer verstärkten Abwanderung zu den NichtwählerInnen.

Abbildung 1: Stimmenanteile der Parteien bei den steirischen Landtagswahlen (1945–2000) (in Prozent)



Wie in Abbildung 1 zu erkennen ist, ist die Volkspartei die dominierende Partei der Steiermark. Mit Ausnahme der Jahre 1953 bis 1957 war sie seit Beginn der Zweiten

3 Einerseits kam es zu sozialstrukturellen Veränderungen, Verschiebungen in den Wirtschaftssektoren und einer besseren Schulbildung, andererseits aber auch zu Einstellungsänderungen, wie z.B. einer Bedeutungszunahme der Ökologie (Mair/ Müller/ Plasser 1999).

Republik immer stimmenstärkste Partei; von 1974 bis 1991 hatte sie sogar die absolute Mehrheit. Die Entwicklung der Stimmenanteile zeigt, dass die ÖVP stärker mit der FPÖ (bis 1953: Wahlverband der Unabhängigen/ WdU) als mit anderen Parteien korrespondiert. Das bedeutet konkret: Verluste der einen Partei sind mit Gewinnen der anderen einhergegangen und umgekehrt.

Die SPÖ lag mit Ausnahme der Jahre 1953 bis 1957 immer hinter der ÖVP. In der Zeit der SPÖ-Alleinregierung auf Bundesebene fiel die SPÖ in der Steiermark ab, während die ÖVP 1974 die absolute Mehrheit erreichte. Als Begründung wurde etwa angeführt, dass die steirische Bevölkerung auf Landesebene einen Gegenpol zur Bundesregierung haben wollte, „um so die Bäume der jeweils auf Bundes- bzw. Landesebene mit absoluter Mehrheit dominierenden Partei nicht in den Himmel wachsen zu lassen“ (Marko 1992, 350). Diese Annahme scheint mit Blick auf die LTW 2000 nicht gültig, wie wir im Folgenden zeigen werden. Jedenfalls befindet sich die steirische SPÖ seit 1981 in einem scheinbar unaufhaltsamen Sinkflug, der durch das Auftreten der Grünparteien und zuletzt durch die vermehrten NichtwählerInnen zusätzliches Tempo erhalten hat.

Wie schon angedeutet, konnte die FPÖ bei den steirischen Landtagswahlen vor allem aus dem Lager der ÖVP Stimmen an sich ziehen. Bei der erstmaligen Kandidatur im Jahr 1949 konnte der WdU 14,5% der gültigen Stimmen erlangen. 1957 fiel die FPÖ auf 6,8% ab, womit ein sukzessiver Stimmenrückgang begann, bis sich von 1986 bis 1991 der Trend umkehrte. 1986 konnte die FPÖ den Einzug in den Landtag nur durch 90 Stimmen absichern, die Person Jörg Haider wirkte sich erst bei der LTW 1991 aus. Bei der LTW 2000 brach die FPÖ wieder ein; es war dies neben der Europaparlamentswahl 1999 österreichweit der erste markante Stimmenverlust der FPÖ, seit Haider 1986 den Parteivorsitz übernommen hatte.

Die Grünen konnten 1986 im Wahlkreis Graz und Umgebung erstmals ein Grundmandat erreichen, 1991 misslang ihnen der Wiedereinzug. 1995 konnten sie wiederum zwei Sitze im Landtag erringen und sich bei der LTW 2000 auf drei steigern. Mit 5,6% der gültigen Stimmen blieben sie aber hinter ihren gesteckten Zielen zurück; in den Umfragen waren ihnen bis zu 8% zugestanden worden.

Das Liberale Forum kandidierte 1995 erstmals und erreichte auf Anhieb zwei Sitze im Landtag. Dass dieses gute Ergebnis durch die gleichzeitig abgehaltene Nationalratswahl bedingt war, ist wahrscheinlich. 1995 hatte das LiF in Graz noch sein Grundmandat errungen, 2000 aber erhielt es in der Stadt sogar weniger Stimmen als die KPÖ.⁴ Der Wiedereinzug wurde also klar verfehlt. Die veröffentlichten Meinungsumfragen, welche dem LiF keine bis geringe Chancen auf den Wiedereinzug gaben, dürften das Ihrige dazu beigetragen haben. So ergab sich, dass das LiF über ein veritables WählerInnenpotenzial verfügte – fast 10% der Befragten gaben in der ersten Welle an, das LiF wahrscheinlich einmal zu wählen. Bei der Nachwahlbefragung zeigte sich, dass potenzielle LiF-WählerInnen teilweise als Grund für ihre Abwendung angaben,

4 Pikanterweise wurde der KPÖ die steiermarkweite Kandidatur durch die Unterstützungserklärung einer ehemaligen LiF-Landtagsabgeordneten ermöglicht. Margit Keshmiri trat im Frühjahr 2000 aus dem LiF aus und war forthin fraktionslose/ „wilde“ LT-Abgeordnete.

dass das LiF sowieso nicht den Einzug in den LT schaffe und ihre Stimme somit verloren sei. Dies wirft die Frage auf, ob und in welchem Ausmaß Umfragen vor Wahlen veröffentlicht werden sollen.⁵

Die steirische Politiklandschaft ist also durch zwei Phasen gekennzeichnet: Bis 1986 war sie relativ stabil, mit einer klaren Hegemonie der beiden Großparteien. Seit 1986 zeigt sich – wie auch auf Bundesebene – eine Umwälzung des Wahlverhaltens und der Parteienlandschaft: Die Hegemonie von ÖVP und SPÖ wurde gebrochen, neue Parteien zogen in den Landtag ein, die Zahl der NichtwählerInnen begann zu steigen. Die LTW 2000 scheint diese Trends jedoch zum Teil gestoppt zu haben. Wie war dies möglich und wie wird die weitere Entwicklung verlaufen?

2.2 Ergebnisse der steirischen Landtagswahl 2000 im Lichte neuerer Tendenzen

Eine genauere Betrachtung der Stimmanteile zeigt enorme Verschiebungen. So konnten die ÖVP stark (+11%) und die Grünen leicht (+1,3%) zulegen, während die SPÖ (-3,6%), die FPÖ (-4,7%) und das LiF (-2,7%) deutlich verloren. Die ÖNP⁶ kam auf 0,2% der gültigen Stimmen, die KPÖ (+0,4%) konnte einen Achtungserfolg verbuchen. Konsequenterweise lauteten die Schlagzeilen am Montag nach der Wahl: „Triumph für Klasnic“ (Neue Zeit, 16.10.2000), „Rekord für Klasnic: 11 Prozent Gewinn“ (Kleine Zeitung, 16.10.2000) und ähnlich.

Tabelle 1: Stimmenanteile und Wahlbeteiligung bei den steirischen Landtagswahlen 1986–2000 (in Prozent)

	ÖVP	SPÖ	FPÖ	GRÜN*	LiF	KPÖ	Rest	Beteil.
LTW 86	51,8	37,6	4,6	3,7	n.k.	1,2	1,1	92,0
LTW 91	44,2	34,9	15,4	4,6	n.k.	0,6	0,3	90,0
LTW 95	36,2	35,9	17,1	4,3	3,8	0,6	1,9	87,0
LTW 00	47,3	32,3	12,4	5,6	1,1	1,0	0,2	74,7

Bezirksergebnisse ohne Wahlkarten, Rest = Andere Parteien und ungültige Stimmen, n.k. = nicht kandidiert

*GRÜN: 1986: VGÖ-AL, 1991: Grüne + GAL, 1995 und 2000: Grüne

Quellen: Amt der steiermärkischen Landesregierung: „Die Landtagswahl in der Steiermark vom 21.9.1986“, „Die Landtagswahl in der Steiermark vom 22.9.1991“, „Die Landtagswahl in der Steiermark vom 17.12.1995“ sowie Homepage der Landesverwaltung (15.12.2000) verfügbar unter www.gv.stmk.at.

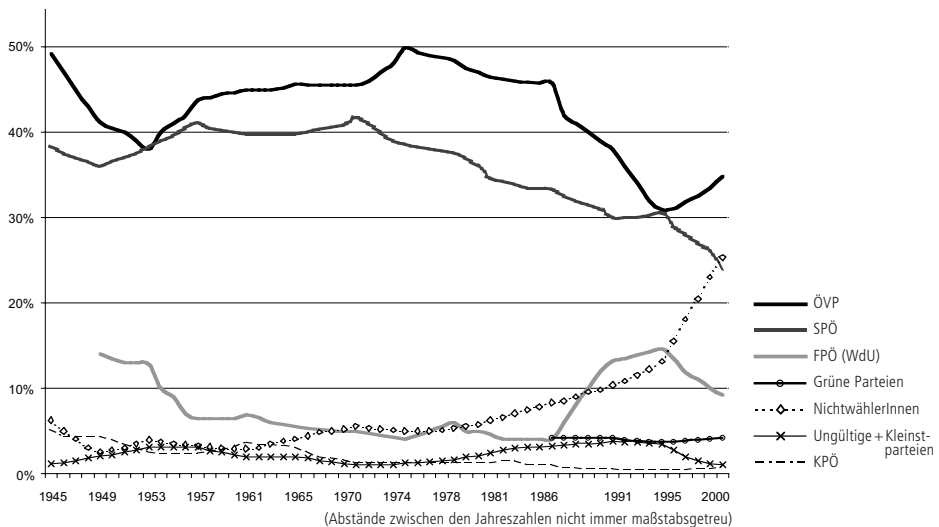
5 Immerhin gab bei der NRW 1999 fast ein Viertel der Befragten an, von veröffentlichten Umfragen stark oder zumindest eher stark beeinflusst worden zu sein (Plasser/ Ulram/ Sommer 2000b, 161).

6 Die Österreichische Naturgesetz Partei kandidierte nur in den Wahlkreisen Graz und Umgebung sowie Obersteier.

Unsere These ist, dass diese zum Teil enormen Verschiebungen im Kontext der vorher dargestellten langfristigen Entwicklungen, der gewandelten Sozialstrukturen und der Abnahme der Wahlbeteiligung gesehen werden müssen. Nicht zuletzt sind die starken Zugewinne und Verluste durch die geringste Wahlbeteiligung seit 1945 (74,7%) bedingt worden, so dass die oben dargestellten massiven Verschiebungen in den Stimmenanteilen durch eine Betrachtung der absoluten Stimmen relativiert werden. Beispielsweise erhielt die ÖVP in Graz bei der LTW 2000 rund 45.000 Stimmen und erreichte damit einen Stimmenanteil von 40,6% – 1991 wären mit der gleichen Stimmzahl nur 33% zu erreichen gewesen.

Bei den Stimmenanteilen konnten sich die ÖVP, die FPÖ und die KPÖ zwischen den Ergebnissen der LTW von 1986 und 1991 positionieren; trotz des spektakulären Wahlsiegs mit der Spitzenkandidatin Waltraud Klasnic blieb die ÖVP damit noch deutlich unter den Stimmenanteilen, über die sie bis Ende der 80er-Jahre immer hatte verfügen können. Die SPÖ dagegen erreichte ihr schlechtestes Ergebnis bei steirischen LTW überhaupt und die Grünen ihr bestes. Markant gesunken sind die Proteststimmen – anstatt ungültig zu wählen, hat sich die WählerInnenenschaft bei dieser Wahl gleich für die Alternative „Nichtteilnahme“ entschieden bzw. für eine – einigermaßen – chancenreiche Partei votiert.

Abbildung 2: Stimmenanteile an der Gesamtwahlberechtigten 1945–2000 (in Prozent)



Die ÖVP fiel in absoluten WählerInnenstimmen sogar hinter ihr Ergebnis bei der LTW 1986 zurück und das, obwohl 1986 rund 40.000 Personen weniger wahlberechtigt waren als im Jahr 2000. Der allgemeine Rückgang der Wahlbeteiligung hatte jedoch zur Folge, dass die ÖVP beim relativen Stimmenanteil überproportional gewinnen konnte. Auch bei den Grünen liegt der Zuwachs an absoluten Stimmen deutlich unter

dem Zuwachs des Stimmenanteils. Spektakulär gestiegen ist bei dieser Wahl hingegen die Zahl der NichtwählerInnen. Schon zwischen 1986 und 1995 nahm ihre Zahl von Wahl zu Wahl um gut 20.000 zu; bei der LTW 2000 explodierte sie geradezu auf über das Doppelte, von 118.000 auf 229.000 oder 25,3% der Wahlberechtigten. Damit überholten die NichtwählerInnen die WählerInnen der SPÖ und stellten die zweitstärkste „Partei“ in der Steiermark dar – ein Befund, der regional- und demokratiepolitisch stark zu denken geben muss!

Tabelle 2: Stimmenanteile der Parteien an allen Wahlberechtigten
(in Prozent und absolute Stimmen in 1.000)

1986	ÖVP	SPÖ	FPÖ	GRÜN*	LiF	KPÖ	Rest	NW	Gesamt
Relativ	45,8	33,3	4,1	4,2	n.k.	1,0	3,3	8,3	100
Absolut	394	286	35	36	n.k.	9	29	71	859
1991	ÖVP	SPÖ	FPÖ	GRÜN*	LiF	KPÖ	Rest	NW	Gesamt
Relativ	37,9	30,0	13,2	4,1	n.k.	0,6	3,8	10,3	100
Absolut	343	271	119	37	n.k.	5	34	93	903
1995	ÖVP	SPÖ	FPÖ	GRÜN*	LiF	KPÖ	Rest	NW	Gesamt
Relativ	30,9	30,5	14,5	3,7	3,2	0,4	3,5	13,1	100
Absolut	276	273	130	33	29	4	32	118	895
2000	ÖVP	SPÖ	FPÖ	GRÜN*	LiF	KPÖ	Rest	NW	Gesamt
Relativ	34,8	23,9	9,2	4,1	0,8	0,9	1,0	25,3	100
Absolut	315	216	83	37	7	7	9	229	904

*GRÜN: 1986: VGÖ-AL, 1991: Grüne + GAL, 1995 und 2000: Grüne

Rest = Andere Parteien und ungültige Stimmen, n.k. = nicht kandidiert

Quelle: Homepage der Landesverwaltung (15.12.2000) verfügbar unter www.gv.stmk.at.

Hinsichtlich unserer These einer weiteren Dekonzentration des Parteiensystems lässt sich folgendes festhalten: Ein Blick auf das Wahlergebnis der LTW 2000, der nur die Anteile an den gültigen Stimmen im Auge hat, scheint diese zu widerlegen, da die beiden größten Parteien fast 80% der gültigen Stimmen erreichten. Völlig anders wird das Bild hingegen, wenn die Anteile an den Gesamtwahlberechtigten betrachtet werden: Die beiden größten Parteien kommen zusammen auf rund 60% der Stimmen, den niedrigsten Wert seit 1945. Wie die SPÖ hat auch FPÖ als drittstärkste Partei massiv an absoluten Stimmen eingebüßt. Keineswegs kann also von einer Rückkehr zu den Stärkeverhältnissen der 70er-Jahre gesprochen werden. Vielmehr muss – vor allem auch unter Miteinbeziehung der NichtwählerInnen als eigene Gruppe – im Sinne unserer These eine weitergehende Dekonzentration konstatiert werden.

3. Motive der WählerInnen⁷

Bezüglich der individuellen Motive der WählerInnen lautet unsere These, *dass sich die Motivlagen auf Landesebene von denen auf Bundesebene unterscheiden und die SpitzenkandidatInnen zentralere Bedeutung haben*. So hatten die SpitzenkandidatInnen bei den LTW 1999 in Kärnten, Salzburg, Tirol in der Wahlauseinandersetzung große (Dachs/ Wolfgruber 2000) und bei den NRW 1999, 1995 und 1994 eher geringere Bedeutung (Plasser/ Ulram/ Sommer 2000a, 471). Die Interpretation folgt dabei dem sozialpsychologischen Ansatz,⁸ wonach sich die WählerInnenschaft bei ihrer Entscheidung am Triangel Parteiidentifikation, KandidatIn und Sachthemen orientiert.

Die in Tabelle 3 angeführten summierten Motive ermöglichen eine Einschätzung der Relevanz der einzelnen Punkte. Hauptfaktoren der Wahlentscheidung waren demnach die SpitzenkandidatInnen und die Vertretung der persönlichen Interessen. Beiden wurde von knapp der Hälfte der WählerInnen sehr große Bedeutung beigemessen.

Tabelle 3: Summierte Wahlmotive der Befragten (Angaben in Prozent) *

Wahlmotive	Sehr große Bedeutung		Mittlere Bedeutung		Gar keine Bedeutung	Zus. (N)
SpitzenkandidatInnen	48	18	14	4	16	100 (185)
Beste Vertretung persönlicher Interessen	47	25	24	3	2	100 (185)
Tradition, ideologische Übereinstimmung	26	24	19	10	22	100 (185)
Beste Arbeit in vergangener Legislaturperiode	29	23	32	11	5	100 (185)
Auftreten bei Fernsehdiskussion	7	7	11	7	66	100 (166)
Andere PolitikerInnen der jeweiligen Partei	23	21	18	12	27	100 (185)
Kleineres Übel	17	16	14	10	44	100 (184)
Beste inhaltliche Standpunkte im Wahlkampf	17	31	27	12	12	100 (185)
Bundesregierung	29	20	15	13	24	100 (185)

* Rundungsfehler bei den Gesamtwerten möglich

7 Die unterschiedlichen Mobilisierungseffekte der jeweiligen Wahlkampagnen wurden durch diese Analyse nicht erfasst. Einen entsprechenden Einblick liefern die weiter unten dargestellten WählerInnenwanderungen. Vermutlich hat die ÖVP die höchste Mobilisierungsrate erreicht, während bei SPÖ und FPÖ eher das Gegenteil zutreffen dürfte. Laut Wählerstromanalyse des Instituts SORA haben sich von der ÖVP 9.000 Personen zu den NichtwählerInnen verschoben, bei der SPÖ 45.000 und bei der FPÖ 29.000 (siehe Neue Zeit, 17.10.2000).

8 Eine Übersicht dazu findet sich in Roth 1998, 35–47.

sen. Die ideologische Tradition, die Arbeit in der vergangenen Legislaturperiode, die Bundesregierung sowie andere PolitikerInnenpersönlichkeiten der eigenen Partei liegen klar dahinter. Die inhaltlichen Standpunkte im Wahlkampf, das negative Entscheiden zu Gunsten des kleinsten Übels und vor allem die Fernsehdiskussion hatten nur geringe Bedeutung. Diese Übersicht verdeckt aber die zum Teil gravierenden Unterschiede zwischen den WählerInnen der einzelnen Parteien, weshalb nun auf diese eingegangen wird.

3.1 Die Begründungen der Wahlmotive für die einzelnen Parteien⁹

Bei der ÖVP können neben der Spitzenkandidatin, die eine herausragende Rolle spielte, am ehesten noch die subjektiven Begründungen „beste Vertretung der persönlichen Interessen“, „beste inhaltliche Standpunkte im Wahlkampf“ und „Steiermark-Partei schlechthin“ angeführt werden. Unterstützung der Bundesregierung spielt als Begründung des Wahlverhaltens nur eine untergeordnete Rolle. Die zentrale Bedeutung der KandidatInnenorientierung steht im Gegensatz zu Bundeswahlen, wo der Spitzenkandidat bei der ÖVP meist von untergeordneter Bedeutung war. Bei der NRW 1994 waren es vor allem „Tradition“ (Plasser/ Ulram 1995, 386), 1995 „Interessenvertretung“ und „Tradition“ (Plasser/ Ulram/ Sommer 1996, 85) und 1999 „Tradition“, „Ideologie“ sowie strategische Motive (Plasser/ Seeber/ Ulram 2000, 107). Dass die enorme Bedeutung der ÖVP-SpitzenkandidatInnen kein durchgängiges Merkmal von Landtagswahlen ist, zeigt die Wahl in Tirol 1999. Trotz der massiven Medienpräsenz aufgrund des Lawinenunglücks in Galtür hatte der Spitzenkandidat Weingartner nur geringen Einfluss, vielmehr waren „Interessenvertretung“ und „stabilisierender Faktor“ deklarierte zentrale Motive für die ÖVP-WählerInnen (Karlhofer/ Seeber 2000, 298). Auch in Wien waren „Tradition“ und „Gewohnheit“ 1996 das alles überstrahlende Motiv und der ÖVP-Spitzenkandidat Görg von geringer Bedeutung (Palme 1997, 112).

Als Begründungen für ihr Stimmverhalten werden von SPÖ-WählerInnen vor allem die Vertretung der persönlichen Interessen sowie die parteipolitisch-ideologische Tradition hervorgekehrt. Auch die thematische Fokussierung der Wahlwerbung, nämlich das Auftreten gegen die schwarz-blaue Koalition in Wien und ihre Sparmaßnahmen, sowie gegen den Verkauf der Bundesforste, spiegeln sich in den subjektiven Begründungen wider. Der Spitzenkandidat Peter Schachner hat geringere Bedeutung. Die mittlere Bedeutung des Spitzenkandidaten ist auch bei anderen Wahlen des vergangenen Jahrzehntes ein Merkmal der SPÖ-WählerInnen, die Vertretung der persönlichen Interessen war zumeist wichtiger. So waren bei der NRW 1995 die Issues „Politische Stabilität“, „Sicherung von Arbeitsplätzen und Pensionen“ sowie „Interessenvertretung“ und „Tradition“ vorrangig (Plasser/ Ulram/ Sommer 1996, 84). Ähnliches gilt für die NRW 1994 (Plasser/ Ulram 1995, 386) und 1999 (Plasser/ Seeber/ Ulram 2000, 107) und andere Landtagswahlen. Bei der Tiroler LTW 1999 standen der „Einsatz für Arbeitsplätze“ sowie „Tradition“ bzw. „Interessenvertretung“ im Mittelpunkt

⁹ Aus Platzgründen verzichten wir hier auf die Wiedergabe der detaillierten Tabellen zu Wahlmotiven nach Parteien.

(Karlhofer/ Seeber 2000, 299). Bei der Wiener Gemeinderatswahl 1996 waren für die SPÖ-WählerInnen „Tradition“ bzw. „Gewohnheit“ zentral, der Spitzenkandidat unbedeutend (Palme 1997, 111). Etwas aus der Reihe fällt die Kärntner LTW 1999, welche sich „zu einem Duell Haider gegen Ausserwinkler“ (Dachs/ Wolfgruber 2000, 278) zuspitzte. Die Motive der SPÖ-WählerInnen sind in den genannten Wahlen relativ ähnlich. Sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene stehen „Tradition“ und „Interessenvertretung“ im Mittelpunkt. Die Spitzenkandidaten sind zumeist von mittlerer Bedeutung.

Für die FPÖ-WählerInnenschaft sind aufgrund der geringen Fallzahl nur bedingt Schlüsse möglich. Es scheint sich kein besonders dominanter Faktor abzuzeichnen. Jedenfalls zeigt die Beurteilung der PolitikerInnenpersönlichkeiten, dass die Spitzenkandidatin Theresia Zierler 14 Tage vor der Wahl eindeutig hinter der Beurteilung des ehemaligen Landesparteiobmannes Michael Schmid im Juni lag. In der Gesamtbewertung aller Persönlichkeiten durch alle Befragten lag sie ebenso an letzter Stelle. Zentrale Motive der FPÖ-WählerInnen waren in den letzten Jahren Oppositionsthemen. Der Spitzenkandidat Jörg Haider war bis zur NRW 1990 das zentrale Motiv, mit der NRW 1994 lässt sich kein dominantes Motiv mehr erkennen (Plasser/ Ulram 1995, 386). 1999 lagen „Aufdecken von Skandalen“ und „frischer Wind“ voran, die Person Haider hatte mittlere Bedeutung (Plasser/ Seeber/ Ulram 2000, 107).

Ein Charakteristikum der FPÖ-WählerInnen bei Regionalwahlen ist die geringe Bedeutung der regionalen SpitzenkandidatInnen. In Tirol waren landespolitische Sachthemen und die Person des Bundespolitikers Jörg Haider bedeutendere Wahlmotive als der Spitzenkandidat Linser (Karlhofer/ Seeber 2000, 299). Bei der Wiener Gemeinderatswahl 1996 stand das Protestverhalten an erster Stelle, danach folgten „Programm“, „Linie“ und „Erwartungen“ (Palme 1997, 111). Bei den steirischen Landtagswahlen kam hinzu, dass die FPÖ nun Teil der Bundesregierung war und somit Oppositionsthemen nicht dermaßen forcieren konnte. Ein für die bisherigen Wahlen zentrales Motiv kam somit abhanden und war Mitursache für das schlechte Ergebnis.

Bei den Grünen überstrahlt die Person des Bundessprechers Alexander Van der Bellen die steirische Spitzenkandidatin Edith Zitz. 41% messen ihm eine „sehr große“ und nur 6% gar keine Bedeutung bei. Bei der steirischen Spitzenkandidatin Edith Zitz liegt dieses Verhältnis bei 19% zu 25%, was wohl als eine Ursache für das im Vergleich zu den Prognosen eher mäßige Abschneiden gewertet werden kann. Die Vertretung der persönlichen Interessen, „Tradition“ bzw. „ideologische Übereinstimmung“, „Zeichen gegen die Bundesregierung“ sowie „andere Grün-Politiker“ haben ebenfalls einen positiven Einfluss. Für diese WählerInnen ist also eine Mischung aus KandidatInnen- und Inhaltsorientierung relevant, wenngleich die Konzentration auf einem „Nicht-Kandidaten“ liegt.

Bei sämtlichen Wahlen ist das Engagement im Umweltbereich für die WählerInnen der Grünen von großer Bedeutung, besonders bei der NRW 1994 (Plasser/ Ulram 1995, 386), 1995 kamen zusätzlich das „Eintreten für sozial Schwache“ sowie das „Auftreten gegen Ausländerfeindlichkeit“ hinzu. Die Spitzenkandidatin Madeleine Petrovic hatte nur geringe Bedeutung (Plasser/ Ulram/ Sommer 1996, 87). 1999 lagen

das Engagement für Umwelt und Menschenrechte sowie gegen Ausländerfeindlichkeit zwar immer noch voran, der Spitzenkandidat Van der Bellen hatte aber fast ebenso große Bedeutung (Plasser/ Seeber/ Ulram 2000, 107).

Für die Landeswahlen gilt ähnliches. In Tirol waren das ökologische Engagement, das „Auftreten gegen den Transit“ und das „Eintreten für sozial Schwächere und Minderheiten“ bedeutend, der Spitzenkandidat Willi hatte nur geringe Relevanz (Karlhofer/ Seeber 2000, 300). Auch in Wien waren das ökologische Engagement und Überzeugung zentral (Palme 1997, 112). Neu hinzugekommen ist mit der Übernahme der Bundessprecherfunktion durch Alexander Van der Bellen das Persönlichkeitsmoment.

3.2 Die (Spitzen-)KandidatInnen

In der Steiermark war die KandidatInnenorientierung bei den WählerInnen der ÖVP und der Grünen zentral. Aus diesem Grund wird nun ein genauerer Blick auf die Beurteilung und den Bekanntheitsgrad der KandidatInnen geworfen.

Die PolitikerInnenpersönlichkeiten der Kleinparteien konnten im Verlauf des Wahlkampfes ihren Bekanntheitsgrad deutlich erhöhen, wenngleich er nicht jenes Ausmaß erreichte wie bei den SpitzenkandidatInnen von ÖVP, SPÖ und FPÖ (vgl. Tabelle 4). Bei der Beurteilung der Persönlichkeiten lag Waltraud Klasnic stets eindeutig vor den anderen Personen; die schlechteste Beurteilung wurde Theresia Zierler von der FPÖ zuteil, wenngleich sie einen sehr hohen Bekanntheitsgrad besaß. Ähnliches galt für die LTW in Oberösterreich 1997, als der amtierende Landeshauptmann Pühringer die höchsten Sympathiewerte hatte (Strugl/ Watzl 1998, 74). Auch bei der Wiener Gemeinderatswahl 1996 war der Spitzenkandidat der SPÖ und amtierende Bürgermeister Häupl am bekanntesten und beliebtesten (Palme 1997, 107).

Tabelle 4: Bekanntheitsgrad (in Prozent) und Bewertung (nach Schulnoten) der SpitzenkandidatInnen im Juni und im September 2000

SpitzenkandidatIn	Juni 2000		September 2000	
	Bekanntheitsgrad	Durchschnittsnote	Bekanntheitsgrad	Durchschnittsnote
Klasnic (ÖVP)	99,7	1,9	99,6	2,0
Schachner (SPÖ)	97,4	2,9	98,9	3,0
Schmid (FPÖ)	93,3	3,1	–	–
Zitz (Grüne)	41,6	3,3	61,9	3,0
Brünner (LiF)	46,5	3,5	52,7	3,4
Zierler (FPÖ)	–	–	94,9	3,6

Diese Befunde bestätigen nochmals die zentrale Rolle der Spitzenkandidatin bei der ÖVP. Rund zwei Drittel der ÖVP-WählerInnen geben an, dass Waltraud Klasnic für ihre

Entscheidung sehr große Bedeutung hatte. Der SPÖ-Spitzenkandidat Peter Schachner wird nur von rund einem Drittel der SPÖ-WählerInnen für die Entscheidung als sehr bedeutend erachtet, ein weiteres Drittel misst ihm gar keine Bedeutung bei. Damit erreicht er etwa gleiche Werte wie die Spitzenkandidatin der Grünen, Edith Zitz. Interessanterweise hatte der „Nichtkandidat“ Alexander Van der Bellen für die Entscheidung der WählerInnenschaft der Grünen größere Bedeutung als die eigene steirische Spitzenkandidatin.

Die Zuspitzung auf einige wenige PolitikerInnenpersönlichkeiten wird durch die geringe Relevanz des Motivs „andere Politiker der jeweiligen Partei“ nochmals unterstrichen. Von den SPÖ-WählerInnen gibt rund ein Drittel an, dass andere Persönlichkeiten der SPÖ für ihre Entscheidung relevant waren; bei der VP sind es nur 17%. Unter Mitberücksichtigung der Orientierung der Grün-WählerInnenschaft am Bundespolitiker Van der Bellen ist die Ausrichtung an SpitzenkandidatInnen weit stärker als auf Bundesebene. Dort waren bei der NRW 1995 38% der Befragten deklarierte PersönlichkeitswählerInnen (Plasser/ Ulram/ Sommer 1996, 93) und bei jener des Jahres 1999 34% (Plasser/ Ulram/ Sommer 1999, 17).

3.3 Tradition, ideologische Übereinstimmung

„Tradition“ bzw. „ideologische Übereinstimmung“ werden am häufigsten von der WählerInnenschaft der SPÖ und der Grünen als bedeutende Motive genannt. Für die Wahl der ÖVP spielt „Tradition“ bei der LTW 2000 eine geringere Rolle; es gibt etwa einen gleich hohen Anteil von Personen, die diesem Grund eine Bedeutung bzw. keine Bedeutung zuweisen. Das kann als Indiz dafür gesehen werden, dass die Spitzenkandidatin Waltraud Klasnic auch WählerInnen jenseits der engen Parteigrenzen ansprechen konnte.¹⁰

Bei Bundeswahlen zeigten Analysen, dass 1995 46% der Befragten (Plasser/ Ulram/ Sommer 1996, 93) und 1999 55% der WählerInnen (Plasser/ Ulram/ Sommer 1999, 17) ihre Entscheidung mit Tradition begründeten. Dieses Motiv scheint daher ähnlich wichtig zu sein.

3.4 Sachthemen, Wahlwerbung

Dem Motiv „beste Vertretung persönlicher Interessen“ wird von allen WählerInnen Bedeutung beigemessen. Im Rahmen dieser Landtagswahl griff die „sachthematische“ Positionierung der Wahlwerbung vor allem bei der SPÖ, wenngleich strittig ist, ob das Eintreten gegen Sparmaßnahmen der Bundesregierung ohne konkrete Gegenvorschläge und Kompetenzen dafür als Sachthema eines steirischen Wahlkampfes bezeichnet werden kann. Weniger strittig mag die Positionierung gegen den Ausverkauf des Waldes sein, da der Bund ja auch in der Steiermark über beträchtliche Forstflä-

¹⁰ Die Trennung Partei und Person wurde von der steirischen Volkspartei besonders hervorgekehrt. Die Werbelinie „Klasnic direkt“ hatte den Anschein eines Vorzugsstimmenwahlkampfes. Dies war aber allein schon aufgrund der Platzierung aller SpitzenkandidatInnen an erster Stelle auf den Wahllisten gar nicht notwendig und widersprach der Grundintention der Vorzugsstimme, nämlich eine Vorreihung vorzunehmen. Gleichzeitig wurde damit suggeriert, dass es möglich sei, eine Person ohne die Partei zu wählen.

chen verfügt. Außerdem initiierte die steirische SPÖ gemeinsam mit ihren Schwesterorganisationen in Oberösterreich und Salzburg ein entsprechendes Volksbegehren. In der Wahlwerbung der ÖVP waren Sachthemen nur von geringer Relevanz, vielmehr erfolgte eine – äußerst erfolgreiche – Konzentration auf die Spitzenkandidatin. Die Positionierung als „Steiermark-Partei“, das Voranstellen steirischer vor Parteiinteressen, machte die ÖVP neben der Spitzenkandidatin auch für breitere Kreise wählbar.

Die bei Bundeswahlen oftmals entscheidenden Fernsehdiskussionen hatten bei der steirischen Landtagswahl fast keine Bedeutung. Die Diskussion der fünf SpitzenkandidatInnen am Sonntag vor der Wahl wurde von nur 106.000 ZuseherInnen verfolgt, das sind nicht mehr als 10,5% aller steirischen Fernseh ZuschauerInnen über zwölf Jahre (Kleine Zeitung, 10. 10. 2000). Bei dieser Fernsehdebatte wurde auch inhaltlich wenig geboten. Die geringe Reichweite dieser Diskussion spiegelte sich in der Wahlentscheidung wider: Nur rund 14% der WählerInnen gaben an, dass die Diskussion für ihre Wahlentscheidung Bedeutung hatte. Dies liegt unter dem Wert der Diskussionsendung zur Wiener Wahl 1996, die für ein Viertel der WählerInnen eine Entscheidungshilfe war (Palme 1997, 108). Bei der NRW 1999 bekundeten nur 16% der WählerInnen, durch TV-Diskussionen stark beeinflusst worden zu sein (Plasser/ Ulram/ Sommer 1999, 17); bei der NRW 1995 hatten 32% angegeben, dass TV-Diskussionen Einfluss auf ihre Wahlentscheidung gehabt hätten (Plasser/ Ulram/ Sommer 1996, 92).

Die Positionierungen im Wahlkampf hatten zur Folge, dass Sachthemen bei der LTW 2000 im Hintergrund standen. Das Motiv „beste inhaltliche Standpunkte“ konnte bei keiner Partei einen (deklarierten) entscheidenden Einfluss auf die WählerInnen ausüben. Nur der eher allgemeine Punkt „Vertretung der persönlichen Interessen“ war von Bedeutung.

Unsere These, *dass sich die Motive der WählerInnen auf Landesebene von jenen der WählerInnen auf Bundesebene unterscheiden*, kann somit weder eindeutig bestätigt noch eindeutig verworfen und muss für die einzelnen WählerInnengruppen getrennt überprüft werden. SPÖ- und Grün-WählerInnen haben ähnliche Motive. Dasselbe galt für FPÖ-WählerInnen vor dem Eintritt dieser Partei in die Bundesregierung. Für die ÖVP gilt in der Steiermark, dass die KandidatInnenorientierung um vieles stärker ausgeprägt war als auf Bundesebene. Dies trifft aber keinesfalls für alle Landtagswahlen zu, wie die Motivanalysen der Wahlen von Tirol und Wien zeigten. Der zweite Teil unserer These, *dass die SpitzenkandidatInnen auf Landesebene größere Relevanz haben*, erfuhr in der Steiermark eindeutige Bestätigung. Nichtsdestotrotz muss aber auch hier festgehalten werden, dass bei aller Homogenität auf Bundesebene zwischen den Ländern deutliche Unterschiede festzustellen sind. Allgemein kann man wohl annehmen, dass bei Verfügbarkeit sehr attraktiver KandidatInnen sowohl auf Landes- als auch Bundesebene das Element der politischen Persönlichkeit eine enorme Rolle spielt.

4. Die NichtwählerInnen

Mit einem Anteil von 25,3% an den Gesamtwahlberechtigten hatten die NichtwählerInnen bei dieser Landtagswahl entscheidenden Einfluss auf das Wahlergebnis. Wie

schon erwähnt, lag diese Gruppe mit 229.194 Wahlenthaltungen noch vor der SPÖ, welche nur 215.619 Stimmen auf sich vereinen konnte; sie stieg somit zur zweitstärksten „Partei“ der Steiermark auf. Besonders hoch war der NichtwählerInnenanteil mit 37% im Wahlkreis 1 „Graz und Graz Umgebung“, was im Trend der bisherigen steirischen Landtagwahlen liegt.¹¹ Unsere These lautet, *dass die Motive der NichtwählerInnen vor allem im Bereich der Landespolitik zu suchen sind.*

4.1 NichtwählerInnenanteile nach soziodemographischen Gruppen

Der Anteil der NichtwählerInnen variiert sehr deutlich nach soziodemographischen Gruppen. Im Gegensatz zur These, dass Nichtwählen eher eine Sache weniger Gebildeter und älterer Menschen ist, zeigt sich, dass dieses Verhalten bei jüngeren Altersgruppen und der Gruppe mit Maturaniveau deutlich häufiger ist (vgl. Tabelle 5). Dies ist aus demokratiepolitischer Sicht ein ernsthaftes Problem. Man muss sich wohl fragen, ob nicht die Politik auf regionaler Ebene heute inhaltlich wie personell unzureichende Angebote macht, also zuwenig innovative und attraktive Ideen entwickelt und über zuwenig begeisterungsfähige SpitzenpolitikerInnen verfügt. Denkbar ist auch, dass gerade die jungen und gebildeten WählerInnengruppen dem politischen Betrieb, den immer wieder auftauchenden Privilegien von PolitikerInnen oder fragwürdigen Interventionen der politischen Parteien so kritisch gegenüberstehen, dass sie erst gar nicht mehr zur Wahl gehen. In der Steiermark und insbesondere in Graz kommt hinzu, dass das politische Leben in den vergangenen Jahren vielfach durch einen inhaltlichen Stillstand bzw. eine Unfähigkeit zur Durchsetzung überfälliger Projekte und Entscheidungen charakterisiert war (Semmeringtunnel, Koralmbahn, Ennsnahe Trasse, Kunsthaus in Graz usw.). Die „Politikverdrossenheit“ wäre in diesem Fall also dem politischen System bzw. den PolitikerInnen selbst anzulasten (Döring 1995).

Tabelle 5: Wahlenthaltung nach Alter und Schulbildung der Wahlberechtigten

Anteile der NichtwählerInnen (in Prozent)					
Altersgruppen	(N)		Bildung	(N)	
18–29	(49)	26	Pflichtschule	(57)	16
30–44	(80)	17	Lehre, Fachschule	(85)	8
45–59	(79)	11	Matura	(75)	25
60+	(48)	10	Hochschule	(37)	16

11 Ganz allgemein lässt sich festhalten, dass in Österreich eine geringere Wahlbeteiligung typisch für urbane Gebiete ist. Beispielsweise betrug sie bei der NRW 1995 in städtischen Ballungszentren 75,8% und in ländlichen Agrargemeinden 87,6% (Plasser/ Ullram/ Sommer 1996, 79). Ursachen dafür können in der sozialstrukturellen Zusammensetzung und den damit verbundenen unterschiedlichen Werthaltungen sowie in loseren sozialen Bindungen und einem daraus folgenden geringeren Gruppendruck zur Wahlbeteiligung liegen.

4.2 Politisches Interesse und Einstellungen zu verschiedenen Aussagen über Politik

Von besonderem Interesse ist es, festzustellen, auf welche Einstellungen und Werthaltungen die geringe Wahlbeteiligung zurückzuführen ist. In der Literatur reichen die Begründungen von geringem politischen Interesse (Nassmacher 1996, 104) bis zur Politik- bzw. Parteienverdrossenheit (Krimmel 1996). Diese Faktoren werden nun getrennt betrachtet und die Einstellungen der NichtwählerInnen jenen der WählerInnen gegenübergestellt.

Die Stärke des politischen Interesses wurde einerseits anhand der Gesprächshäufigkeit im Freundes- und Familienkreis, andererseits durch eine subjektive Selbsteinschätzung bestimmt. Wie Tabelle 6 zu entnehmen ist, ist das politische Interesse bei den deklarierten NichtwählerInnen nicht generell geringer als bei den WählerInnen, die Unterschiede sind nicht signifikant. Nur durch geringes politisches Interesse lassen sich die Wahlenthaltungen also nicht erklären. Auch bei der Häufigkeit der Gespräche über Politik zeigen sich keine signifikanten Unterschiede. Innerhalb der NichtwählerInnen gibt es wiederum eine Gruppe, die relativ häufig über Politik spricht und eine andere, die dies wenig bis nie tut.

Tabelle 6: Indikatoren des politischen Interesses bei WählerInnen und NichtwählerInnen (Anteile in Prozent)

An Politik interessiert ...	WählerInnen	NichtwählerInnen
Sehr interessiert	29	29
Interessiert	23	17
Mittel	36	29
Weniger interessiert	5	10
Gar nicht interessiert	7	15
Zusammen (N)	100 (215)	100 (41)

Gespräche über Politik im Freundeskreis

Oft	31	27
Manchmal	42	32
Selten	23	31
Nie	4	10
Zusammen (N)	100 (211)	100 (41)

4.3 Relevanz der Landespolitik, regionale Identität

Besonders eklatant sind die Unterschiede zwischen WählerInnen und NichtwählerInnen bei der Beurteilung der Aussage „ob die Steiermark eine eigene Landesregierung hat oder nicht, ist für mich persönlich unerheblich“. Bei den NichtwählerInnen stimmt

rund die Hälfte zumindest eher zu, wobei die Unterschiede quer durch alle Gruppen von Alter, Geschlecht und Bildung gehen. Bei den WählerInnen stimmen immerhin rund 22% dieser Position zumindest eher zu; mit einem Anteil von 62% lehnen sie diese Aussage aber deutlich stärker ab als die NichtwählerInnen (vgl. Tabelle 7). Dass die Landespolitik als wenig relevant wahrgenommen wird, scheint also ein sehr entscheidender Faktor für die Motivation zur Nichtteilnahme gewesen zu sein. Sie kann nicht zuletzt auf den institutionellen Rahmen und die damit verbundene unklare Kompetenzlage der Landespolitik zurückgeführt werden (Dachs/ Wolfgruber 2000, 262).

Tabelle 7: Relevanz der Landespolitik für die Entscheidung zur Wahlteilnahme
(Anteile in Prozent)

Ob die Steiermark eine eigene Landesregierung hat oder nicht, ist für mich persönlich unerheblich ...	WählerInnen	NichtwählerInnen
Stimme zu	18	47
Stimme eher zu	4	3
Unentschieden	8	3
Lehne eher ab	8	5
Lehne ab	62	42
Zusammen (N)	100 (213)	100 (38)

Es ist zu vermuten, dass die Beurteilung der Bedeutung der steirischen Landesregierung auch mit der Bindung an das Bundesland zusammenhängt. Gemäß einer Studie über regionale Identität in Wien, der Steiermark und in Vorarlberg weisen die SteierInnen und VorarlbergerInnen ein deutlich stärkeres Landesbewusstsein auf als die WienerInnen (Burtscher u.a. 1999). In Wien ist auch die Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen weit niedriger als in den anderen Bundesländern; Mitte der 90er-Jahre betrug sie in Vorarlberg 87% und in der Steiermark 89%, in Wien dagegen nur 68% (Statistisches Jahrbuch für die Republik Österreich 1998, Tab. 35.10., 452-453), zuletzt 2001 66,6%. Die Stärke der regionalen Identität hängt auch mit der Parteipräferenz zusammen: ÖVP-WählerInnen weisen eine höhere regionale Verbundenheit auf als jene der SPÖ oder der Grünen (Burtscher u.a. 1999, 37).

4.4 Verdrossenheit mit Politik und PolitikerInnen

Nichtwählen wird häufig mit Politikverdrossenheit in Zusammenhang gebracht. Diese These wurde bereits durch die bisherigen Daten in Frage gestellt. Betrachten wir jedoch den direkten Zusammenhang zwischen Aussagen zu Politikverdrossenheit und Wahlbeteiligung. Dafür legten wir den Befragten Statements folgender Art vor:

- „Leute wie ich haben so oder so keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut“;
- „Ich bin mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Österreich funktioniert, zufrieden“;

- „Steiermärkische Anliegen sollten gegenüber der Bundesregierung vehement vertreten werden“;
- „Politiker wollen ihre Macht erhalten, anstatt sich über die Bedürfnisse der Bevölkerung Gedanken zu machen“.

Im Hinblick auf diese Statements zeigen sich zwischen WählerInnen und NichtwählerInnen keine signifikanten Unterschiede; sehr wohl ist aber das Ausmaß der Zustimmung bzw. Ablehnung von Aussage zu Aussage unterschiedlich (vgl. Tabelle 8). Den Aussagen zur Funktionsweise der Demokratie und zum fehlenden persönlichen Einfluss stimmen etwa 30% sehr zu, bei der Politikerbeurteilung liegt der Wert bei fast 60%. Diese Ergebnisse stimmen mit einer österreichweiten Erhebung von 1992 überein (Schedler 1993) – auch dort konnten zwischen den soziodemographischen Gruppen nur geringe Unterschiede ausgemacht werden. Man muss also feststellen, dass das Ausmaß der Zustimmung bezüglich BürgerInnenferne von PolitikerInnen über die letzten Jahre hinweg relativ konstant ist und sowohl bei WählerInnen als auch bei NichtwählerInnen bedenklich hoch liegt. Generell ist die Vertretung landespolitischer Anliegen für eine große Mehrheit der BürgerInnen dennoch sehr wichtig.

Tabelle 8: Indikatoren der Verdrossenheit mit Politik und PolitikerInnen auf Landes- und Bundesebene (Angaben in Prozent)

Aussage	Stimme zu	Stimme eher zu	Unentschieden	Lehne eher ab	Lehne ab	Zus. (N)
Ich bin mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Österreich funktioniert, zufrieden.	28	20	15	15	22	100 (256)
Steiermärkische Anliegen sollten gegenüber der Bundesregierung vehement vertreten werden.	76	10	8	2	4	100 (254)
Leute wie ich haben so oder so keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.	30	9	8	13	39	100 (255)
Politiker wollen ihre Macht erhalten, anstatt sich über die Bedürfnisse der Bevölkerung Gedanken zu machen.	58	17	13	4	8	100 (256)

4.5 Subjektive Begründungen für das Nichtwählen

In der Nachwahlbefragung baten wir mittels offener Fragestellung auch direkt darum, zu begründen, warum die NichtwählerInnen dieser Wahl fernblieben. Die Befunde ergaben auffällige Unterschiede. „Kein Interesse gehabt“ bzw. „keine Partei oder keine KandidatInnen für wählbar“ erachtet zu haben, werden am häufigsten genannt (29%). Die Kategorie „anderes“ liegt mit 22% an zweiter Stelle: sie enthält heterogene Begründungen wie „wird sowieso Klasnic“, „man hätte mich zur Wahl nur mitgenommen, wenn ich eine bestimmte Partei gewählt hätte“, aber auch Personen, die durch Übersiedlungen u.a. nicht mehr wahlberechtigt waren, weshalb sie in der Interpreta-

tion nicht berücksichtigt werden. Danach folgen die Begründungen „verreist“ „Krankheit“ „Zeitmangel“ sowie systematische Fehler (darin inkludiert sind jene Personen, die zu spät um eine Wahlkarte ansuchten oder nicht im Wahlverzeichnis eingetragen waren).

An erster Stelle liegen also Begründungen, die man unter die Bezeichnungen „Politik- und Parteienverdrossenheit“ subsumieren kann. Die Begründungen „verreist“ bzw. „Krankheit“ dürften unseres Erachtens zum Teil vorgeschoben worden sein, um das sozial nicht erwünschte Verhalten „Nichtteilnahme“ zu legitimieren. Bei den Europaparlamentswahlen 1996 und 1999 haben die NichtwählerInnen ihr Verhalten ähnlich gerechtfertigt (Plasser/ Seeber/ Ulram 2000, 102). „Kein Interesse“, „Ablehnung“ bzw. „Skepsis“ sowie „Zeitmangel“ wurden am häufigsten genannt. Eindeutig in der Überzahl sind also bewusste NichtwählerInnen und nicht ProtestwählerInnen, die für (meist sehr kleine) Parteien votieren, „die sich erheblich von den etablierten unterscheiden“ (Nassmacher 1996, 101).

Zusammenfassend lässt sich bei Betrachtung der Einstellungen zu verschiedenen Aussagen über Politik und politisches Interesse feststellen, dass der steirischen Landespolitik bzw. Landesregierung von den NichtwählerInnen nur geringe Relevanz beigemessen wird. Vermutlich trugen die Diskussionen, die im Vorfeld der Landtagswahl rund um den Föderalismus und die Zukunft der Länderparlamente stattfanden, zu dieser Verunsicherung bei. Höchst bedenklich ist weiters, welche geringe Reputation PolitikerInnen innerhalb der gesamten WählerInnenschaft haben. Es zeigt sich also auch hier wieder – gewissermaßen negativ –, dass Persönlichkeit und Verhalten der PolitikerInnen eine zentrale Determinante für die politische Beteiligung der BürgerInnen darstellen.

Hinsichtlich der These, *dass sich die Nichtteilnahme vor allem auf landesspezifische Themen zurückführen lässt*, zeigen sich Unterschiede zwischen WählerInnen und NichtwählerInnen nur bei der Frage nach der Relevanz der Landesregierung, nicht jedoch bei allgemeineren Fragen zur Politikverdrossenheit. Es besteht also ein klarer Konnex zwischen der Ebene der Wahl und den Einstellungen der (Nicht-)WählerInnen. Insofern kann die These als bestätigt angesehen werden.

5. Unsichere und schwankende WählerInnen

Ein Phänomen, das sich in den letzten Jahr(zehnt)en zunehmend verstärkte, ist die steigende Unsicherheit bei der Wahlentscheidung. Bei der Wiener Gemeinderatswahl 1996 entschlossen sich 17% erst in den letzten beiden Wochen zur Wahl einer bestimmten Partei (Palme 1997, 110). Bei der NRW 1995 lag der Anteil dieser Personen bei 21%, jener der schwankenden WählerInnen bei 34% (Plasser/ Ulram/ Sommer 1996, 81f.). Die steigende Unsicherheit findet ihren Ausdruck in der Zunahme der WechselwählerInnen und der sogenannten „Waverer“, das sind Personen, die in der Vorwahlzeit zwischen mehreren Optionen schwanken. Unsere These in diesem Zusammenhang lautet, *dass die WählerInnenschaft auf Landesebene ebenso mobil geworden ist wie auf Bundesebene*.

Wir untersuchten diesen Sachverhalt in mehrfacher Hinsicht. Einerseits wurden die Probanden in der Nachwahlbefragung retrospektiv gefragt, ob sie vor der Wahl ein anderes Stimmverhalten in Erwägung gezogen hatten; andererseits konnte die Anzahl der Personen, die ihre Wahlabsicht veränderten, aufgrund des Paneldesigns und des in jeder Welle erhobenen beabsichtigten Wahlverhaltens direkt berechnet werden.

Tabelle 9: Veränderungen der Wahlabsicht nach eigenen Angaben bei Welle 3 und Berechnung aufgrund des Paneldesigns (Anteile in Prozent)

		Konsistent	„Waverer“, Unsicher	Keine Angabe	Zus.	(N)
Subjektive Auskunft bei Welle 3	WählerInnen	70	30	–	100	(215)
	NichtwählerInnen	54	20	27	100	(41)
	Gesamt	68	28	4	100	(256)
Berechnung auf Grund des Paneldesigns	Welle 1 zu 3	62	38	–	100	(256)
	Welle 1 zu 2	54	46	–	100	(247)
	Welle 2 zu 3	62	38	–	100	(245)

Wie Tabelle 9 entnommen werden kann, ist der Anteil der Unsicheren bei Berechnung im Vergleich der einzelnen Erhebungswellen höher als bei den retrospektiven Selbstauskünften in der dritten Welle.¹² Trotz einer systematischen Unterschätzung liegt der Anteil der WechslerInnen bei rund einem Drittel der Befragten. Sie sind also keinesfalls eine zu vernachlässigende Größe; ihr Anteil liegt in ähnlicher Höhe wie bei anderen Wahlen.¹³ In einer Panelanalyse zur NRW 1999 bekundeten 70% der Befragten, dieselbe Partei gewählt zu haben, wie in Welle 1 angegeben. 51% wechselten auch zwischen den einzelnen Wellen nicht, 9% wanderten zwischen den Wellen ab, kamen aber wieder zur ursprünglichen Wahlabsicht zurück, 27% wanderten insgesamt in zwei Monaten von Welle 1 zu 6 ab (Plasser/ Ulram/ Sommer 2000b, 150ff.). Unsere Panelanalyse ergab, dass von Welle 1 zu Welle 2 nur 54% ihre Wahlabsicht änderten. Damit liegen die Wanderungen auf Landesebene zumindest in gleicher Höhe wie bei Bundeswahlen. Daher kann unsere These, *dass die WählerInnenschaft auf Landesebene ebenso mobil ist wie auf Bundesebene*, zumindest in der Steiermark als bestätigt angesehen werden.

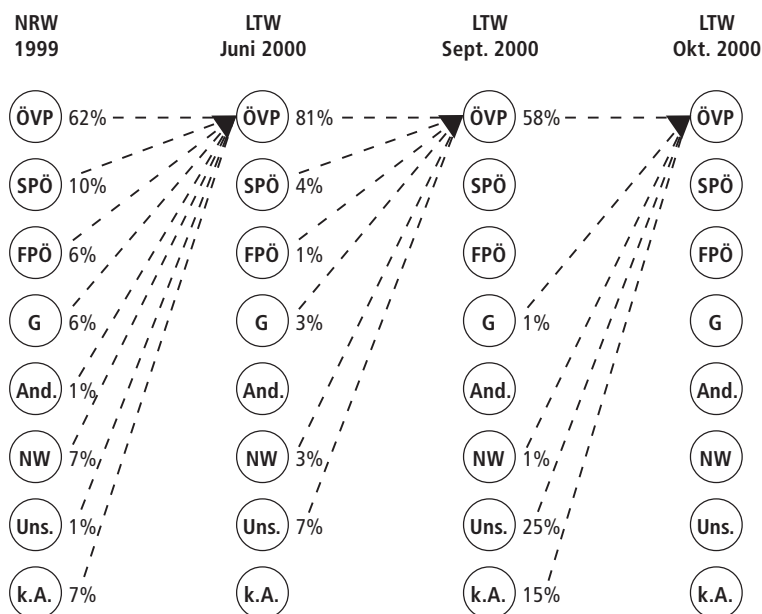
Die obige Darstellung der Wanderbewegungen zeigt die tatsächlichen Ströme nicht auf. Deshalb fassen wir im Folgenden auch die Zu- und Abflüsse bei den einzelnen

¹² Der tatsächliche Anteil liegt noch über den berechneten Werten, da hier nur berücksichtigt wurde, ob zwischen den einzelnen Wellen ein Wechsel erfolgte, aber nicht, ob es sich um dieselben Personen handelte.

¹³ Laut Müller (2000, 22) geben 46% der Befragten an, gelegentlich ihr Wahlverhalten zu ändern. Der Anteil der Personen, die bei der NRW 1999 in einer Fessel-GfK Exit Poll angaben, dass sie auch die Wahl einer anderen Partei erwogen hätten, lag bei 30% (Plasser/ Seeber/ Ulram 2000, 76).

Parteien über die jeweiligen Erhebungszeitpunkte hinweg zusammen; die detaillierten Abbildungen werden nur für die Zuströme zur ÖVP und zu den NichtwählerInnen wiedergegeben – jenen Gruppen mit den markantesten Zuwächsen.

Abbildung 3: Die Zuflüsse zur ÖVP



Die ÖVP gewann von der NRW 1999 zur ersten Erhebungswelle im Juni 2000 von allen Parteien WählerInnen. Die Abwanderungen hielten sich hingegen in engen Grenzen, der Strom zu den Unsicheren war mit 10% der größte. Auch zwischen den beiden anderen Erhebungszeitpunkten konnte die ÖVP immer wieder von den anderen Parteien WählerInnen abziehen (vgl. Abbildung 3).

Ganz anders das Bild bei der SPÖ. Zunächst fanden sich fast nur Abflüsse. Weiters verlor die steirische SPÖ WählerInnen vor allem gegenüber der NRW 1999; sie wechselten bei der LTW 2000 vornehmlich zur ÖVP oder ins Lager der Unsicheren und NichtwählerInnen. Die mangelnde Fähigkeit, über die KernwählerInnengruppe hinaus Personen anzusprechen, zeigte sich auch darin, dass sich die SPÖ-WählerInnenschaft bei der LTW zu 85% aus Personen zusammensetzte, die auch bei der NRW 1999 für die SPÖ votiert hatten.

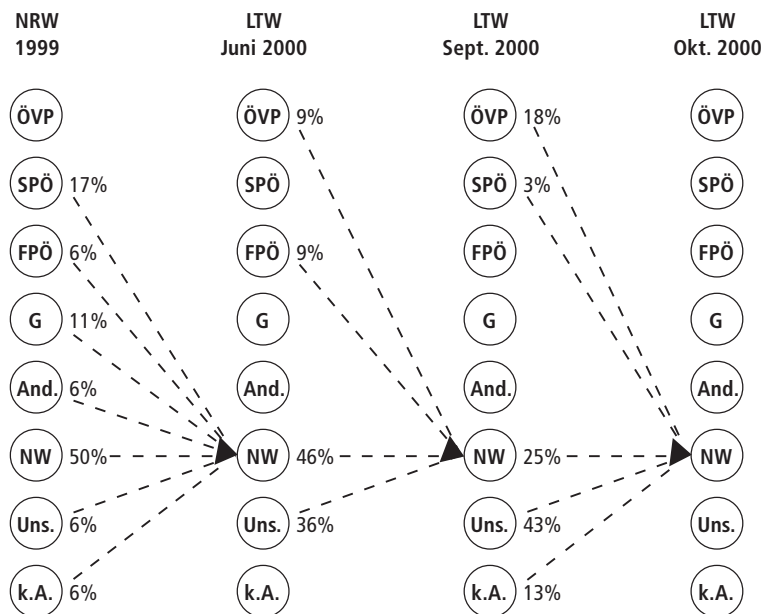
Hauptsächlich Abflüsse ergaben sich auch bei den WählerInnen der FPÖ, besonders stark von der NRW 1999 bis zum beabsichtigten Wahlverhalten in der ersten Erhebungswelle im Juni 2000. Nicht einmal die Hälfte der steirischen FPÖ-WählerInnen auf Bundesebene hatte zu diesem Zeitpunkt vor, die FPÖ auf Landesebene zu wählen, die anderen wanderten hauptsächlich zu den Unsicheren und zur ÖVP ab. Diese Ten-

denzen setzten sich bis zur LTW im Oktober fort. In Summe stimmte nur rund ein Drittel der FPÖ-WählerInnenchaft bei der NRW 1999 auch bei der LTW 2000 für diese Partei. Zugewinne wurden nur wenige erzielt, rund 80% der FPÖ-WählerInnen auf Landesebene hatten auch schon bei der NRW 1999 für diese Partei votiert.

Die WählerInnen der Grünen veränderten sich deutlich. Einerseits traten massive Abwanderungen auf, andererseits kam es aber auch zu umfassenden Zuwanderungen. Rund 60% der Grün-WählerInnen der NRW 1999 stimmten auch bei der LTW 2000 für diese Partei, umgekehrt hatten aber nur etwa 49% der WählerInnen bei der LTW 2000 auch bei der NRW 1999 für die Grünen votiert. Diese Unstetigkeit und geringe Bindung der WählerInnenchaft kann als Ursache für das Stagnieren dieser Partei angesehen werden, die laut Umfragen über ein weit höheres WählerInnenpotenzial verfügt.

Bei den NichtwählerInnen zeigt sich, dass vor allem die ÖVP und die Grünen imstande waren, erhebliche Anteile dieser Gruppe in das Lager der aktiven WählerInnen zu ziehen. Die Zuflüsse in das Lager der NichtwählerInnen wiederum kamen praktisch aus allen politischen Lagern (vgl. Abbildung 4).

Abbildung 4: Die Zuflüsse zu den NichtwählerInnen



Ähnliches zeigt sich bei den Wanderungen der Nicht-Deklarierten und Unsicheren. Nur die ÖVP konnte nennenswerte Anteile dieser Gruppen gewinnen. Allerdings verlor auch die ÖVP von der NRW 1999 bis zu unserer zweiten Erhebungswelle im September 2000 in ähnlichem Ausmaß an die Unentschiedenen und Nicht-Deklarierten; diese konnten später aber teilweise zurückgewonnen werden.

Die Panelstudie demonstriert also sehr viel genauer als die üblichen Wählerstromanalysen Wanderungen von WechselwählerInnen und NichtwählerInnen. Die Attraktivität der von Waltraud Klasnic angeführten ÖVP wird damit nochmals ebenso so deutlich wie die relativ geringe Attraktivität der meisten übrigen Parteien und ihrer SpitzenkandidatInnen.

6. Der Einfluss der Bundespolitik auf das Ergebnis

Der Einfluss anderer politischer Ebenen auf die steirischen Landtagswahlen wurde bereits mehrmals thematisiert (Marko 1992, Bermann 1987), allerdings im Gegensatz zu anderen Bundesländern noch nicht empirisch untersucht. So wurde beispielsweise für die Wiener Gemeinderatswahl 1996 ein erheblicher Einfluss der Bundespolitik, aber auch seitens der – gleichzeitig abgehaltenen – Europaparlamentswahl festgestellt (Palme 1997). Auch bei der LTW 1999 in Tirol ließen sich Einflüsse der Bundesebene registrieren; so waren für die WählerInnen der FPÖ und des LiF BundespolitikerInnen entscheidender als die RegionalkandidatInnen (Karlhofer/ Seeber 2000, 302). In Oberösterreich sprachen sich 1997 in Umfragen die Befragten mehrheitlich für eine klare Trennung von Bundes- und Landespolitik aus. Einerseits wurden die Leistungen der Bundespolitik negativ bewertet, andererseits war eine Mehrheit der Ansicht, in Oberösterreich werde eine gute Politik gemacht (Strugl/ Watzl 1998, 77).

Tabelle 10: Beurteilung der Bundesregierung Ende September 2000
(Angaben in Prozent)

Beurteilung der Bundesregierung	Wahlverhalten bei Landtagswahl						
	Nicht-teilnahme	ÖVP	SPÖ	FPÖ	GRÜNE	keine Angaben	Gesamt
Sehr gut	5	5	3	20	–	9	5
Gut	30	34	5	50	6	17	23
Befriedigend	43	44	30	30	34	26	39
Genügend	16	13	33	–	41	26	21
Nicht genügend	5	4	30	–	19	17	12
Keine Angabe	–	–	–	–	–	4	0,4
Gesamt (N)	100 (37)	100 (92)	100 (40)	100 (10)	100 (32)	100 (23)	100(239)

Der steirischen Landtagswahl wurde bereits im Vorfeld der Wahlentscheidung von der politischen und medialen Öffentlichkeit immer wieder Testcharakter für die Bundesregierung zugesprochen (Die Presse, 8.2.2000, 4.9.2000, Kleine Zeitung, 24.6.2000). Dem lag die Annahme zu Grunde, dass ein Zugewinn der Bundesregierungsparteien ÖVP und FPÖ Ausdruck der Zufriedenheit mit der Bundesregierung sei, während Gewinne für die Oppositionsparteien SPÖ, Grüne und LiF das Gegenteil signalisierten.

Die daraus abzuleitende These lautet daher, *dass die steirische Landtagswahl aufgrund der neuen Bundesregierung von der Bundespolitik geprägt war*. Tatsächlich gab es bei der LTW aber sowohl auf Regierungs- als auch auf Oppositionsseite Zugewinne und Verluste, was dieser Annahme widerspricht. Um diesen Effekt zu untersuchen, wurde in unserer Erhebung auch die Beurteilung der Bundesregierung abgefragt (vgl. Tabelle 10).

Es zeigt sich, dass WählerInnen der SPÖ und der Grünen die Bundesregierung schlechter beurteilten als ÖVP- und FPÖ-WählerInnen¹⁴. Andererseits erhielt die Bundesregierung von Teilen der SPÖ- und Grün-WählerInnen positive und von Teilen der ÖVP-WählerInnen negative Beurteilungen. Auch die Vermutung, dass das Fernbleiben von der Wahlurne ein direkter Ausdruck der Unzufriedenheit mit der Bundesregierung war, bestätigt sich nicht. Bei den NichtwählerInnen war die Beurteilung eher ausgewogen und wies sogar einen leichten positiven Überhang auf. Wie die Motivanalyse für diese Gruppe zeigt, ist durchaus ein Teil mit dem politischen Angebot unzufrieden. Vom Verhalten bei einer Landtagswahl auf bundespolitische Konstellationen zu schließen, ist – wie Dachs/ Wolfgruber (2000, 287) argumentieren – allenfalls zum Teil gerechtfertigt.

Folgt man Sommer (1999, 118), wäre zu erwarten gewesen, dass sich „Veränderungen in den bundesweiten Stärkerelationen der Parteien in abgeschwächter Form auch auf Regionalwahlen auswirken.“ Die Vermutung liegt nahe, dass weniger das Ergebnis der letzten Bundeswahl, sondern vielmehr das allgemein in Österreich vorherrschende Stimmungsbild ein wesentlicher Einflussfaktor ist.

Unsere These, *dass die steirische Landtagswahl aufgrund der neuen Bundesregierung von der Bundespolitik geprägt war*, lässt sich also nur teilweise bestätigen. Der Eindruck von der Bundesregierung und das Verhalten bei der steirischen Landtagswahl entsprachen nur bei einem Teil der WählerInnen dem allgemeinen Interpretationsmuster: Man kann nicht sagen, dass *alle* ÖVP-WählerInnen *für*, *alle* Grün-WählerInnen *gegen* die Bundesregierung waren. Der Einfluss der Bundespolitik(erInnen) auf die einzelnen WählerInnengruppen war unterschiedlich. Wie schon bei anderen Landtagswahlen sind die Grün-WählerInnen vom Bundespolitiker Van der Bellen geprägt. Die SPÖ-KernwählerInnenschaft maß den gegen die Bundesregierung gerichteten Wahlkampfthemen durchaus Bedeutung bei, erhebliche Teile der FPÖ-WählerInnen wanderten bedingt durch den Eintritt dieser Partei in die Bundesregierung schon früh ab. Ganz anders hingegen die Motivlage bei den ÖVP-WählerInnen. Sie wurden vor allem von der Spitzenkandidatin angesprochen, bundespolitische Themen waren von untergeordneter Bedeutung. Die geringe Wahlbeteiligung war unter anderem auf die subjektiv gering eingeschätzte Relevanz der Landespolitik zurückzuführen. Ein stärker auf Landesthemen fokussierter Wahlkampf sowie attraktivere SpitzenkandidatInnen bei den WahlverliererInnen hätten höchstwahrscheinlich eine höhere Wahlbeteiligung bedingt.

¹⁴ Wegen der geringen Fallzahl ist nur geringe statistische Sicherheit des Resultats gegeben.

7. Zusammenfassung und Diskussion

Die Motivlagen der WählerInnen bei Landtagswahlen sind von der österreichischen politik- und sozialwissenschaftlichen Forschung bisher nicht sehr intensiv studiert worden. Wir sind in dieser Studie davon ausgegangen, dass eine Analyse von Landtagswahlen vor dem Hintergrund von vier Fragen von allgemeinem Interesse ist:

- (1) Gelten die für Österreich allgemein festgestellten Trends – Dekonzentration des Parteiensystems, zunehmende Mobilität der WählerInnen – auch auf regionaler Ebene?
- (2) Bestimmt die Zusammensetzung der Bundesregierung das Wahlverhalten auf Landesebene?
- (3) Folgt das Verhalten der WählerInnen bei Landtagswahlen eigenen Gesetzen oder lässt sich ein Effekt der Bundespolitik nachweisen?
- (4) Welche Bedeutung kommt dem Föderalismus in Österreich heute noch zu, wenn man sich die Wahlbeteiligung und das Wahlverhalten auf Länderebene ansieht?

Unsere Befunde stützten sich zum einen auf eine deskriptive, langfristige Analyse von Wahlbeteiligung und Parteipräferenzen in der Steiermark seit 1945, zum anderen auf eine Panelstudie im Zusammenhang mit der Landtagswahl 2000. Bei dieser Studie wurde eine Gruppe von über 300 Personen drei Mal im Zeitraum eines halben Jahres vor bis kurz nach der Wahl befragt.

Unsere Befunde zeigen, dass das Ergebnis der steirischen Landtagswahl 2000 nicht eindeutig von bundespolitischen Konstellationen beeinflusst wurde. Der spektakuläre Wahlsieg der ÖVP-Spitzenkandidatin Landeshauptmann Waltraud Klasnic kann nicht dem Konto der Bundes-ÖVP gut geschrieben werden. Das gleiche gilt mit hoher Wahrscheinlichkeit auch für die Wahlniederlage der FPÖ, die sich neben dem Attraktivitätsverlust der Bundes-FPÖ als Folge ihres Regierungseintritts auch auf Führungsquerelen innerhalb der steirischen Freiheitlichen zurückführen lässt. Ganz sicher hatte die Bundespolitik keinen nennenswerten Effekt auf zwei weitere unserer Meinung nach spektakuläre Ergebnisse bzw. Trends dieser Wahl: Den deutlichen weiteren Abstieg der Sozialdemokratie und den Aufstieg der NichtwählerInnen zur zweitstärksten „Partei“.

Unser Befund, dass diese Landtagswahl offensichtlich nicht maßgeblich von Bundesthemen bestimmt wurde, könnte als klarer Hinweis auf die Bedeutung des Föderalismus in Österreich gewertet werden. Andere, aus demokratiepolitischer Sicht sehr problematische Befunde stellen diese These allerdings in Frage. So zeigte sich, dass 50% der NichtwählerInnen angaben, es sei für sie unerheblich, ob die Steiermark eine eigene Landesregierung habe; selbst bei den WählerInnen war noch ein Viertel dieser Meinung. Regionale Sachthemen spielten bei der Wahl eine untergeordnete Rolle. Befunde dieser Art scheinen Wasser auf die Mühlen jener zu sein, die die Kompetenzen der Länder grundsätzlich stark beschneiden wollen. Dies wäre unserer Meinung nach aber ein verhängnisvoller Fehlschluss. Man sollte hier vielmehr ins Auge fassen, wie Politik auf Landesebene derzeit funktioniert. Wir können hier von einem

Teufelskreis des Proporzsystems sprechen: Die steirische Landesverfassung zwingt – wie jene von vier anderen Bundesländern – alle größeren Parteien ab einer gewissen Stärke, in der Landesregierung vertreten zu sein (Marko 1992). Dazu kommt die kleinere Zahl von Abgeordneten und Regierungsmitgliedern, die einander persönlich gut kennen und fast tagtäglich direkt interagieren. Beides zusammen bewirkt, dass vielfach Absprachen bis hin zu „Packeleien“ getroffen werden (müssen), die den StaatsbürgerInnen durchaus nicht verborgen bleiben. Was fehlt, sind eine offene, demokratische Kontrolle und ein Wettbewerb zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien. Notwendig wäre unserer Meinung nach daher eine entschiedene *Bundesstaatsreform*. Diese müsste den Ländern wesentlich mehr Kompetenzen, und vor allem auch eigene finanzielle Mittel (= begrenzte Steuerhoheit) und damit mehr eigene Verantwortung bei der Durchführung ihrer Aufgaben zuteilen. Damit könnte wohl auch das Interesse der BürgerInnen an der Landespolitik steigen.¹⁵

Die für Österreich insgesamt festgestellten Befunde im Hinblick auf das WählerInnenverhalten – sinkende Wahlbeteiligung, gestiegene WählerInnenmobilität usw. – scheinen durchaus auch für das Bundesland Steiermark zu gelten. Wichtig ist uns hier der Befund, dass Nichtwählen keineswegs nur eine Sache weniger Gebildeter und anderer „ModernisierungsverliererInnen“ ist, sondern bei höher Gebildeten und Jüngeren sogar häufiger vorkommt. Hier liegt ohne Zweifel eine enorme Aufgabe für die politische Bildung, aber auch für die Reform des politischen Systems im vorhin ange deuteten Sinne.

Von den drei subjektiven Determinanten des Wahlverhaltens und der Parteipräferenz hat sich die Rolle der politischen Spitzenpersönlichkeiten als die wichtigste herauskristallisiert. Dieser Faktor erklärt zum größten Teil den spektakulären Erfolg der ÖVP, aber zum guten Teil auch die Niederlagen von FPÖ und SPÖ. Diese Befunde sprechen jedenfalls klar für Reformen des Wahlsystems zur Stärkung des Persönlichkeitselements gegenüber jenem der Parteien, die jetzt allein über die KandidatInnen-aufstellung und -auslese entscheiden. Auch damit könnte das Interesse, vor allem der Jugend, an der Landespolitik gesteigert werden.

Literatur

Amt der Steiermärkischen Landesregierung (1986)

Die Landtagswahl in der Steiermark vom 21. September 1986. Graz.

Amt der Steiermärkischen Landesregierung (1991)

Die Landtagswahl in der Steiermark vom

22. September 1991. Graz.

Amt der Steiermärkischen Landesregierung (1996)

Die Landtagswahl in der Steiermark vom 17. Dezember 1995. Graz.

Bermann, Peter (1987) *Die steirischen Landtags-*

¹⁵ Wer einwendet, dass die österreichischen Bundesländer im europäischen Rahmen viel zu kleine politische Einheiten darstellen, sollte sich die Situation in der Schweiz oder den Vereinigten Staaten vergegenwärtigen. Deren Kantone bzw. Bundesstaaten haben ja viel weitergehende Befugnisse als die Bundesländer Deutschlands und Österreichs; trotzdem haben mehrere nur einige hunderttausend EinwohnerInnen (Haller 1995). Die Bedeutung der Länder als wichtiges Element der Demokratie steigt unserer Meinung nach auch als Folge der europäischen Integration, die der Bundesebene und dem Nationalstaat zahlreiche Kompetenzen wegnimmt.

- wahlen vom 21. September 1986. In: Khol, Andreas/ Ofner, Günther/ Stirnemann, Alfred (Hg.) Österreichisches Jahrbuch für Politik 1986. Wien/ München, 81-95.
- Burtscher, Simon u.a. (1999) *Regionale, nationale und europäische Identität*. Ergebnisse eines Lehr- und Forschungsprojektes in der Steiermark, Vorarlberg und Wien. Projektleitung: Max Haller und Martin Gomiltschak, Institut für Soziologie an der Universität Graz.
- Dachs, Herbert (1997) *Parteiensysteme in den Bundesländern*. In: Dachs, Herbert u.a. (Hg.) Handbuch des politischen Systems Österreichs. Wien, 877-894.
- Dachs, Herbert/ Wolfgruber, Elisabeth (2000) *Die Landtagswahlen im Jahr 1999 – zwischen regionalen Kalkülen und bundespolitisch geprägten Stimmungen*. In: Plasser, Fritz/ Ulram, Peter A. / Sommer, Franz (Hg.) Das österreichische Wahlverhalten. Wien, 261-288.
- Döring, Herbert (1995) *Ist Skepsis gegenüber Institutionen wirklich schädlich für die Demokratie?* In: Schachner-Blazizek, Peter/ Konrad, Helmut/ Muchitsch, Wolfgang (Hg.) Staat=Fad. Demokratie heute – Markierungen für eine offene Gesellschaft. Graz, 29-50.
- Haerper, Christian (1997) *Wahlverhalten*. In: Dachs, Herbert u.a. (Hg.) Handbuch des politischen Systems Österreichs. Wien, 526-537.
- Haller, Max (1995) *Das Vereinte Europa als demokratisch-föderalistische Staatenunion*. In: Langet, Josef/ Pöllauer, Wolfgang (Hg.) Kleine Staaten in großer Gesellschaft. Eisenstadt, 195-232.
- Haller, Max/ Höllinger, Franz (1994) *Sozialstruktur Steiermark 1991*. Band 2 der Schriftenreihe der „ARGE Sozialforschung und Sozialplanung Steiermark“. Graz.
- Hofinger, Christoph/ Ogris, Günther (1996a). *Denn erstens kommt es anders ...* In: Khol, Andreas/ Ofner, Günther/ Stirnemann, Alfred (Hg.) Österreichisches Jahrbuch für Politik 1995. Wien/ München, 55-72.
- Hofinger, Christoph/ Ogris, Günther (1996b) *Wählerwanderungen: Ein Vergleich fünf verschiedener Wählerstromanalysen anlässlich der Nationalratswahl 1995*. In: Plasser, Fritz/ Ulram, Peter A./ Ogris, Günther (Hg.) Wahlkampf und Wählerentscheidung. Analysen zur Nationalratswahl 1995. Wien, 315-341.
- Hofinger, Christoph/ Ogris, Günther (2000) *Die Analyse der Wählerströme bei der Nationalratswahl 1999*. In: SWS-Rundschau, Nr. 2, 125-139.
- Karlhofer, Ferdinand/ Seeber, Gilg (2000) *Regionales Wahlverhalten: Analyse der Tiroler Landtagswahl*. In: Plasser, Fritz/ Ulram, Peter A./ Sommer, Franz (Hg.) Das österreichische Wahlverhalten. Wien, 289-303.
- Krimmel, Iris (1996) *Politische Einstellungen als Determinanten des Nichtwählens*. In: Gabriel, Oscar W. (Hg.) Wahlen und politische Einstellungen in westlichen Demokratien. Frankfurt, 321-341.
- Mair, Peter/ Müller, Wolfgang C./ Plasser, Fritz (1999) *Veränderungen in den Wählermärkten. Herausforderungen für die Parteien und deren Antworten. Reaktionsstrategien politischer Parteien in Westeuropa*. In: Dies. (Hg.) Parteien auf komplexen Wählermärkten. Wien, 11-29.
- Marko, Joseph (1992) *Parteien und Wahlen in der Steiermark*. In: Dachs, Herbert (Hg.) Parteien und Wahlen in Österreichs Bundesländern 1945-1991. Wien/ München, 345-437.
- Müller, Wolfgang C. (1997) *Das Parteiensystem*. In: Dachs, Herbert u.a. (Hg.) Handbuch des politischen Systems Österreichs. Wien, 215-234.
- Müller, Wolfgang C. (2000) *Wahlen und Dynamik des österreichischen Parteiensystems seit 1986*. In: Plasser, Fritz/ Ulram, Peter A./ Sommer, Franz (Hg.) Das österreichische Wahlverhalten. Wien, 13-54.
- Nassmacher, Hiltrud (1996) *Protestwähler in den EU-Staaten*. In: Gabriel, Oscar W. (Hg.) Wahlen und politische Einstellungen in westlichen Demokratien. Frankfurt, 101-118.
- Österreichisches Statistisches Zentralamt (1998) *Statistisches Jahrbuch für die Republik Österreich*. Wien.
- Palme, Imma (1997) *Die Wahlen in Wien*. In: Khol, Andreas/ Ofner, Günther/ Stirnemann, Alfred (Hg.) Österreichisches Jahrbuch für Politik 1996. Wien/ München, 103-118.
- Plasser, Fritz/ Seeber, Gilg/ Ulram, Peter A. (2000) *Breaking the Mold. Politische Wettbewerbsräume und Wahlverhalten*. In: Plasser, Fritz/ Ulram, Peter A./ Sommer, Franz (Hg.) Das österreichische Wahlverhalten. Wien, 55-115.
- Plasser, Fritz/ Ulram, Peter A. (1995) *Konstanz und Wandel im österreichischen Wählerverhalten*. In: Müller, Wolfgang C./ Plasser, Fritz/ Ulram, Peter A. (Hg.) Wählerverhalten und Parteienwettbewerb. Analysen zur Nationalratswahl. Wien, 341-406.
- Plasser, Fritz/ Ulram, Peter A./ Sommer, Franz (1996) *Restabilisierung der Traditionsparteien oder nur scheinbare Konsolidierung?* In: Khol, Andreas/ Ofner, Günther/ Stirnemann, Alfred (Hg.)

- Österreichisches Jahrbuch für Politik 1995. Wien/ München, 73-102.
- Plasser, Fritz/ Ulram, Peter A./ Sommer, Franz (1999) *Analyse der Nationalratswahl 1999: Muster, Trends und Entscheidungsmotive*. Forschungsbericht des Zentrums für angewandte Politikforschung (4.10.1999). Wien.
- Plasser, Fritz/ Ulram, Peter A./ Sommer, Franz (Hg.) (2000a) *Das österreichische Wahlverhalten*. Wien.
- Plasser, Fritz/ Ulram, Peter A./ Sommer, Franz (2000b) *Do Campaigns Matter?* In: Plasser, Fritz/ Ulram, Peter A./ Sommer, Franz (Hg.) *Das österreichische Wahlverhalten*. Wien, 141-173.
- Roth, Dieter (1998) *Empirische Wahlforschung. Ursprung, Theorien, Instrumente und Methoden*. Opladen.
- Schedler, Andreas (1993) *Das empirische Profil der Politikverdrossenheit*. IHS-Reihe Politikwissenschaft, Nr. 7. Wien.
- Sommer, Franz (1999) *Analyse der Landtagswahl in Niederösterreich 1998*. In: Khol, Andreas/ Ofner, Günther/ Stirnemann, Alfred (Hg.) *Österreichisches Jahrbuch für Politik 1998*. Wien, 117-128.
- Strugl, Michael/ Watzl, Erich (1998) *Oberösterreich: Wahlerfolg trotz Gegenwind*. In: Khol, Andreas/ Ofner, Günther/ Stirnemann, Alfred (Hg.) *Österreichisches Jahrbuch für Politik 1997*. Wien/ München, 65-79.
- Ulram, Peter A. (1997) *Politische Kultur der Bevölkerung*. In: Dachs, Herbert u.a. (Hg.) *Handbuch des politischen Systems Österreichs*. Wien, 514-525.